





Stellenausschreibung

Das **Bundesministerium für Gesundheit (BMG)** ist eine oberste Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland mit erstem Dienstsitz in Bonn und zweitem Dienstsitz in Berlin. Das BMG hat ein umfangreiches Aufgabenspektrum, das von der Gewährleistung der Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung über die Reform des Gesundheitssystems, den Gesundheitsschutz, die Krankheitsbekämpfung, die Biomedizin, die Digitalisierung im Gesundheitswesen, die Unterstützung der Forschung bis hin zur europäischen und internationalen Gesundheitspolitik reicht. Informationen zum Arbeiten im BMG finden Sie <u>hier</u>.

Wir suchen für das Referat 213 "Gemeinsamer Bundesausschuss, Strukturierte Behandlungsprogramme (DMP), Allgemeine medizinische Fragen in der GKV" am Dienstort Bonn oder Berlin zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine Referentin / einen Referenten.

(w/m/d)

Wir bieten:

- Eine Chance zur beruflichen Weiterentwicklung durch eine Tätigkeit an der Schnittstelle von Politik, Wissenschaft und Verwaltung,
- eine befristete Einstellung für die Dauer von zwei Jahren,
- eine Eingruppierung in die Entgeltgruppe 13 TVöD mit Jahressonderzahlung ("Weihnachtsgeld") und betrieblicher Altersversorgung (VBL),
- Zahlung einer Ministerialzulage in Höhe von 275 € monatlich,
- im Falle der Bewährung und im Rahmen verfügbarer Stellen ist eine unbefristete Übernahme und spätere Übernahme in ein Beamtenverhältnis möglich,
- ein vergünstigtes Monatsticket für den ÖPNV mit einem monatlichen Zuschuss von bis zu 50%,
- bei Vorliegen der Voraussetzungen die Zahlung von Trennungsgeld oder Umzugskostenvergütung,
- Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten bis zur Besoldungsgruppe A 15 Bundesbesoldungsordnung bzw. Entgeltgruppe 15 TVöD, danach die Chance, Referatsleitungen zu übernehmen,
- umfangreiche Fort- und Weiterbildungsangebote,
- familien- und vereinbarkeitsfreundliche, flexible Arbeitszeiten und -formen (insbesondere mobile Arbeit, Gleitzeitregelungen, Arbeiten in Teilzeit, Sabbaticals),
- ein wertschätzendes, offenes und transparentes Arbeitsumfeld und -klima sowie
- ein vielseitiges Gesundheitsförderungsangebot.

Aufgabengebiet:

- Organisations-, Grundsatz- und Rechtsfragen des Gemeinsamen Bundesausschusses (§§ 91 und 92 SGB V),
- Geschäfts- und Verfahrensordnung des G-BA,

- Aufsicht über den G-BA (§ 91a SGB V; Rechtsaufsicht über die Haushalts- und Wirtschaftsführung des G-BA, Bearbeitung von sonstigen, aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten gegenüber dem G-BA),
- hausweite Koordinierung der Prüfung der Richtlinienbeschlüsse des G-BA gemäß § 94 SGB V, verfahrensrechtliche Prüfung der Beschlüsse,
- rechtliche Prüfung der Richtlinienbeschlüsse nach § 94 SGB V im Aufgabenbereich des Referates, Rechtsfragen im Aufgabenbereich des Referates, insbesondere im Zusammenhang mit
 - o dem Eingang neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden in die GKV,
 - o der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung psychisch kranker Menschen,
 - o der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung,
 - o der strukturierten Behandlungsprogramme,
 - o d.h. rechtliche Begleitung der Umsetzung der §§ 135, 137c, 137e, 137h, 116b, 137f, 137g, 64b SGB V und deren Weiterentwicklung),
- strukturierte Behandlungsprogramme (Disease Management Programme, DMP): Prüfung der diesbezüglichen G-BA-Richtlinie, Begleitung der Entwicklung, Zulassung und Überarbeitung von DMP, diesbezügliche Rechtsverordnungen, konzeptionelle Weiterentwicklung,
- Bearbeitung von Rechtsstreitigkeiten mit dem G-BA (insbesondere Klagen gegen Beanstandungen von Richtlinienbeschlüssen) im Aufgabenbereich des Referates,
- Mitwirkung an der Gesetzgebungsarbeit im Aufgabenbereich des Referates,
- Bearbeitung von Rechtsfragen mit Bezug zu medizinischen Versorgungsthemen in der GKV,
- Aufsicht über den beim G-BA eingerichteten Innovationsausschuss, Grundsatz- und Rechtsfragen der Organisation des Innovationsausschusses einschließlich Geschäfts- und Verfahrensordnung,
- Mitwirkung an der Rechtssetzung auf EU-Ebene, insbesondere in Bezug auf die EU-HTA-Verordnung für eine gemeinsame Nutzenbewertung von Gesundheitstechnologien sowie
- Mitwirkung an weiteren Aufgaben, die dem G-BA durch die Gesetzgebung (KHVVG) zugewiesen werden (z.B. Koordinierung der G-BA-Aufgabe QS-Richtlinie für hebammengeleitete Kreißsäle; Begleitung der Errichtung des Leistungsgruppen-Ausschusses, insbesondere der bei der G-BA-Geschäftsstelle angesiedelten Geschäftsstelle des Leistungsgruppen-Ausschusses).

Fachliche Anforderungen:

- Volljuristin / Volljurist (beide Staatsexamen mit mindestens der Note "befriedigend"),
- Interesse an gesundheitspolitischen Fragestellungen und Verständnis für übergreifende sozial-, gesellschafts- und finanzpolitische Zusammenhänge,
- möglichst Kenntnisse im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung und Erfahrungen in der Gesetzgebung,
- Aufgeschlossenheit und Verständnis für die Grundlagen der evidenzbasierten Medizin sowie
- gute Kenntnisse der englischen Sprache.

Persönliche Anforderungen:

- Fähigkeit zu strategischem Handeln, konzeptionellem Denken,
- ausgeprägte Fähigkeit und Bereitschaft zu Kooperation und Koordination in einem interdisziplinären Arbeitsumfeld, Teamfähigkeit und Bereitschaft, sich in neue Themengebiete auch mit medizinischem Hintergrund schnell einzuarbeiten,
- Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft, Eigeninitiative, Flexibilität, Zuverlässigkeit,
- Verhandlungsgeschick, Konflikt- und Kompromissfähigkeit,

- Gewandtheit in Sprache und Schrift sowie
- Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Bei bestehendem Beamtenverhältnis oder Dauerarbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst (bis Besoldungsgruppe A 13 h oder Entgeltgruppe 13 TVöD/TV-L) besteht die Möglichkeit einer Abordnung.

Das BMG hat die Urkunde der Charta der Vielfalt im Jahr 2015 unterzeichnet und gewährleistet und fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Schwerbehinderte Menschen werden nach Maßgabe des SGB IX besonders berücksichtigt. Der Dienstposten ist für die Besetzung mit Teilzeitkräften grundstzlich geeignet. Begrüßt werden Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten.

Bei ausländischen Bildungsabschlüssen bitten wir um Übersendung entsprechender Nachweise über die Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss (Zeugnisbewertung): http://www.KMK.org/ZAB

Fühlen Sie sich angesprochen? Dann bewerben Sie sich bitte bis zum **07.03.2025 ausschließlich** über das im Internet eingestellte Onlinebewerbungssystem.

Der Link lautet: https://bewerbung.dienstleistungszentrum.de/frontend/BMG-2025-003/index.html

Passwort und Account erhalten Sie unter Angabe Ihrer E-Mail-Adresse.

Papier- und E-Mail-Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden!

Für Rückfragen im Zusammenhang mit Ihrer Bewerbung stehen Ihnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Servicezentrum Personalgewinnung des Bundesverwaltungsamtes unter der Rufnummer 022899 358-87500 gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie bei Rückfragen die Kennziffer **BMG-2025-003** an.